

## **Dünne Mehrheiten in Hohenbrunn für ein Ratsbegehren – Antrag des Bürgerforums zur Durchführung eines runden Tisches mit großer Mehrheit angenommen**

Bei der Sondersitzung des Hohenbrunner Gemeinderats zum Bürgerbegehren - für den Bau eines Supermarktes mit Tiefgarage statt einer Bodenversiegelung aufgrund ausschließlich oberirdisch geplanter Parkplätze - erlebte der Gemeinderat großes Zuschauerinteresse. Verständlich, denn man kann nicht nachvollziehen, warum nicht schon längst mit dem Bau begonnen wurde. Diese Gründe, die weit vor dem im Februar 2019 (mit mehr als 1.100 Unterschriften von wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern) stattfindenden Bürgerentscheid liegen, wurden jedoch nicht aufgeführt. Im Gegenteil, das Projekt -so wird suggeriert- wäre gefährdet und damit der Bau eines Supermarktes, wenn das Bürgerbegehren eine Mehrheit erhielte. Fakt ist jedoch, Inhalt und Ziel des Bürgerbegehrens ist, eine unnötige Bodenversiegelung durch oberirdische Parkplätze zu verhindern und stattdessen eine Tiefgarage unter dem Supermarkt zu bauen. Das Bürgerbegehren richtet sich also nicht gegen den Bau eines Supermarkts und auch nicht gegen den Bau eines Ärztehauses – ganz im Gegenteil, es geht um eine Optimierung des Projektes!

Ganz eindeutig konnte auch die Frage einer Initiatorin des Bürgerbegehrens nicht beantwortet werden, warum die Höhe des Supermarktes in Lagerhallendimension (8,50 Meter) geplant ist. Denkt man hier schon über Alternativen nach, falls sich ein REWE mit den 1400 qm den geplanten Umsatz nicht erreicht?

Die Tatsache, dass dem Bürgerforum Umfallen in der Sache vorgeworfen wurde, veranlasste eine Gemeinderätin der Grünen zur Feststellung, dass Mehrheiten mitnichten mit voller Zustimmung aller Gemeinderäte erfolgen. Das bewies sich kurz später deutlich, als der Bürgermeister seinen Antrag zu einem sehr komplex formulierten Gegenbegehren, nämlich einem Ratsbegehren stellte. Mit nur einer Stimme mehr (10:9) konnte er dies dem Rat abgewinnen. Pauline Miller vom Bürgerforum betonte im Verlauf der Diskussion mehrmals, dass es zwar durchaus üblich sei ein Ratsbegehren parallel zu einem Bürgerentscheid zu initiieren. Hier sollte aber vor allem ein Augenmerk auf die Formulierung der Fragestellung gerichtet werden. Empfohlen wird ein Gleichlaut beider Fragestellungen, um den Bürgern eindeutig aufzuzeigen wofür sie abstimmen. Andreas Schlick, der als Vertreter des Bauausschusses, bei allen Sitzungen vertreten war, erinnerte das Gremium an den von Beginn an mangelhaften Prozess. Diesem Prozess ist die Verzögerung anzurechnen, nicht dem Bürgerforum, wie es die CSU in ihren Ausführungen so gerne darstellte.

Warum man überhaupt dem Investor all die Zugeständnisse, wie die Höhe und Dichte der Bebauung und dem fast nicht vorhandenem Ergebnis für bezahlbaren Wohnraum, sowie seitens der Gemeinde die Übernahme von 1,2 Millionen Euro für den Bau eines Kreisverkehrs und die Erschließung mache, so Franz Braun, konnte der Bürgermeister nicht beantworten. Wofür ein so großer Parkplatz, wo doch das

Hauptanliegen der Hohenbrunner ein Supermarkt in Fußnähe sei, konnte ebenso nicht beantwortet werden. Stattdessen fragten sich manche Gemeinderäte ob man den Renditegewinn eines Investors überhaupt als Bürgervertreter in diesem Maße zustimmen darf. Das Zugeständnis für lediglich zwei Wohnungen für die soziale Nutzung sei ein billiger Ausgleich. Pauline Miller wies auch noch einmal darauf hin, dass sich nun rächt, dass die Gemeinde das Thema der Bebauung B471 im Bürgerdialog ausgrenzte. Viele Bürger hatten das bemängelt. Kein Wunder, dass nun nicht nur der Gemeinderat gespalten ist. Das hätte man verhindern können. Selbst Herr Schreyer, vom Planungsbüro Hendricks & Schwartz hatte in einer früheren Gemeinderatssitzung darauf hingewiesen, dass er die Einbeziehung des Themas angeraten hätte. Es wurde jedoch immer auf das laufende Bebauungsplanverfahren verwiesen, dessen Prozess bereits zu weit fortgeschritten wäre, weswegen der Supermarkt nicht mehr Diskussionsgegenstand sei. Geradezu eindeutig zumindest ist die Aussage von REWE auf deren Website zum Thema Nachhaltigkeit zu lesen. Hier heißt es, dass REWE die führende Rolle im Bereich Nachhaltigkeit weiter ausbauen möchten. Ein Weg, wie sie schreiben, der Mut braucht und nur in Zusammenarbeit entlang der gesamten Wertschöpfungskette möglich ist. Mit einem unterirdischen Parkplatz dürften sie in Hohenbrunn starten. Stattdessen wird Meinung geschürt, dass es entweder einen REWE Supermarkt gäbe oder nichts. Ja, hat denn vielleicht schon der Wahlkampf begonnen? Aufgrund der äußerst unsachlichen und sehr kurz gegriffenen Argumente, kann man das fast vermuten.

Der vom Bürgerforum eingereichte Antrag zur Durchführung eines runden Tisches erhielt erstaunlicherweise die Mehrheit und das nachdem im Punkt vorher das Ratsbegehren abgestimmt wurde. Ziel dieses Antrags ist es, mit dem Format eines runden Tisches eine einvernehmliche Einigung in Fragen rund um die Entwicklung des Bebauungsplanes der B471 zu erzielen, so dass der Bürgerentscheid zurückgezogen und somit wertvolle Zeit gewonnen werden kann.

Wir sind der Überzeugung, dass dieser Weg erfolgsversprechend ist. Denn nach unserer Auffassung hat das Bürgerbegehren eindeutig ergeben, dass es in der Bevölkerung ein starkes Bedürfnis gibt, sich beim Projekt an der B471 einzubringen, um das bisherige Ergebnis zu optimieren. Alle Beteiligten wollen einen Supermarkt, wollen ein Ärztehaus und auch und vor allem bezahlbaren Wohnraum. Es geht vielen nicht nur um die Tiefgarage. Aber: die Größe und Höhe des Supermarktgebäudes, die Höhe und Dichte der Wohnbebauung, die Sicherheit des Überganges zum Fußballplatz und vieles mehr ist strittig. Im Rahmen des runden Tisches könnte ausgelotet werden, wie sich die verschiedenen Interessen darstellen und ob es gemeinsame Lösungsansätze gibt. Die Gesprächsbereitschaft besteht. Die Initiatoren des Bürgerbegehrens hatten bereits vor 4 Wochen bei der Übergabe der Unterschriften angeboten, dass sie im Sinne einer einvernehmlichen Lösungsfindung zu Gesprächen bereit sind. Auch der Investor hat bereits schriftlich Gesprächsbereitschaft signalisiert.

Das alles im Sinne dessen, die Fixierung von der eigenen Sichtweise zu lösen und eine zukunftsorientierte und von den Bürgerinnen und Bürgern akzeptierte Einigung zu finden. Und nicht nur einen schlechten Kompromiss als guten Erfolg zu verkaufen. Dieses Vorgehen steht auch nicht im Widerspruch zum vorliegenden Bürgerbegehren.

Wir sollten also keine weitere Zeit verstreichen lassen und die Chancen ergreifen, die sich aus diesem Bürgerbegehren ergeben. Die Gespräche sollten sofort aufgenommen werden, denn wir wollen nun endlich zügig vorankommen. Ein Verzug würde nur dann eintreten, wenn wir diesen Weg nicht gehen, denn dann kommt es

erst bei der Abstimmung über einen Bürgerentscheid und ein Ratsbegehren am 26. Mai zu einer Entscheidung.